

# Auszug aus Denkschrift 2009

zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg  
mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2007

Beitrag Nr. 2

Haushaltsplan und Haushaltsvollzug für das Haushaltsjahr 2007



**Rechnungshof Baden-Württemberg**

## Haushaltsplan und Haushaltsvollzug für das Haushaltsjahr 2007

2

### **Der Haushalt des Landes wurde im Haushaltsjahr 2007 nach den Vorgaben des Staatshaushaltsplans voll- zogen.**

#### **1 Haushalts-Soll und Haushalts-Ist 2007**

Der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2007 liegen die Gesetze über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08) vom 27.02.2007 (Gesetzblatt für Baden-Württemberg 2007, Seite 121) und über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 vom 21.12.2007 (Gesetzblatt für Baden-Württemberg 2007, Seite 609) zugrunde. Danach wurde der Staatshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 in Einnahme und Ausgabe auf 34.521.889.600 Euro festgestellt.

Das rechnungsmäßige Jahresergebnis 2007 (Haushalts-Ist einschließlich Haushaltsreste 2007) weist gegenüber dem Haushalts-Soll (Haushaltsansätze einschließlich Haushaltsreste aus dem Vorjahr) einen Fehlbetrag von 298.687.376,38 Euro aus (siehe Beitrag Nr. 1, Tabelle). Dieser ergibt sich aus dem Saldo der Mehreinnahmen von 527.823.576,36 Euro und der Mehrausgaben von 826.510.952,74 Euro.

Wie sich die Mehreinnahmen und die Mehrausgaben aus den Teilergebnissen der Einzelpläne errechnen, ist in der Landeshaushaltsrechnung 2007 (Anlage 1 zur Gesamtrechnung, Seiten 40/41, Spalte 9) sowie in den Erläuterungen hierzu (Seiten 45 bis 52) dargestellt.

#### **2 Jahresvergleich - einschließlich Vorschau auf das Haushaltsjahr 2008**

Die Entwicklung der Ausgabe-Ansätze und Ist-Ausgaben insgesamt ist aus Tabelle 1, die der Ist-Ausgaben je Einzelplan aus Tabelle 2 ersichtlich. Zur Tabelle 1 ist darauf hinzuweisen, dass die Drittmittel der Universitäten seit 2000 nicht mehr im Soll veranschlagt sind.

Tabelle 1

Entwicklung der Ausgabe-Ansätze und Ist-Ausgaben (in Mio. Euro)

	1999	2004	2005	2006	2007	2008
Ausgabe-Ansätze laut Staatshaushaltsplan	31.921	30.753	30.937	31.771	34.522	33.984
Gesamt-Ist-Ausgaben (davon Personalausgaben)	31.952 (11.753)	31.701 (13.064)	31.976 (12.808)	33.182 (12.994)	34.989 (12.814)	35.547 (13.058)
Differenz zwischen Ausgabe-Ansätzen und Gesamt-Ist-Ausgaben	+31	+948	+1.039	+1.411	+467	+1.563
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr						
- Ausgabe-Ansätze	-1,2 %	-2,5 %	+0,6 %	+2,7 %	+8,7 %	-1,6 %
- Gesamt-Ist-Ausgaben	-7,5 %	-0,1 %	+0,9 %	+3,8 %	+5,4 %	+1,6 %
- Personalausgaben	+2,5 %	+2,1 %	-2,0 %	+1,5 %	-1,4 %	+1,9 %

Von 1999 bis 2008 stiegen die Gesamt-Ist-Ausgaben um 11,3 % und die Personalausgaben um 11,1 %. Die Reduzierung bzw. der geringe Anstieg der Gesamt-Ist-Ausgaben in den Jahren 2004 und 2005 gegenüber dem Haushaltsjahr 1999 ist darauf zurückzuführen, dass die Kreditaufnahme ab dem Staatshaushaltsplan 2000/01 nicht mehr brutto, sondern netto, also ohne die Tilgungsausgaben, veranschlagt ist.

Die Reduzierung der Personalausgaben 2005 bis 2008 gegenüber dem Haushaltsjahr 2004 ist auf die Kommunalisierung von Personal im Zuge der Verwaltungsstrukturreform zurückzuführen.

Tabelle 2

Entwicklung der Ist-Ausgaben nach Einzelplänen (in Mio. Euro)

Einzelpläne	1999	2004	2005	2006	2007	2008
01	38	39	40	42	43	44
02	26	43	45	40	42	42
03	1.730	2.113	2.493	3.937	3.780	3.845
04	5.060	7.245	7.489	7.742	7.851	7.977
05	942	1.272	1.304	1.315	1.316	1.336
06	970	1.113	1.051	1.034	1.037	1.039
07	1.008	960	426	423	578	620
08	893	1.089	852	886	816	840
09	1.380	1.195	1.380	1.461	1.507	1.511
10	1.915	2.090	1.836	349	347	361
11	14	18	18	19	19	19
12	14.820	10.782	11.255	11.865	13.904	13.843
14	3.156	3.742	3.787	4.069	3.749	4.070
Summe	31.952	31.701	31.976	33.182	34.989	35.547

Seit dem Haushaltsjahr 2004 sind die Ausgaben für die Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie ihrer Hinterbliebenen - bis auf Restbereiche - in den Einzelplänen der jeweiligen Ressorts nachgewiesen. Dies gilt ebenso für die Beihilfen der Versorgungsempfänger. Bis 2003 waren diese Ausgaben im Einzelplan 12 veranschlagt.

### 3 Globale Minderausgaben

Im Staatshaushaltsplan 2007/08 waren für das Haushaltsjahr 2007 bei Kapitel 1212 Titel 972 01 globale Minderausgaben in Höhe von 106,5 Mio. Euro veranschlagt. Die auf die Einzelpläne entfallenden Beträge sind in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3

Globale Minderausgaben im Haushaltsjahr 2007 (in Mio. Euro)

Einzelpläne	Geschäftsbereich	Globale Minderausgaben
02	Staatsministerium	0,8
03	Innenministerium	5,4
04	Ministerium für Kultur, Jugend und Sport	12,5
05	Justizministerium	3,7
06	Finanzministerium	3,6
07	Wirtschaftsministerium	7,8
08	Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum	11,4
09	Ministerium für Arbeit und Soziales	9,1
10	Umweltministerium	4,3
12	Allgemeine Finanzverwaltung	43,0
14	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	4,9
Summe		106,5

Die Einsparungen bei den Sachausgaben - Haushaltsgruppen 5 bis 8 - wurden von den Ressorts nachgewiesen.

#### 4 Haushaltsreste

##### 4.1 Haushaltsjahr 2007

Im Rahmen des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2007 wurden abzüglich der Haushaltsvorgriffe folgende Haushaltsreste nach 2008 übertragen:

Einnahmereste	1.048.683.150,35 Euro
Ausgabereste	<u>1.384.959.611,68 Euro</u>
Mehrbetrag Ausgabereste	336.276.461,33 Euro

Die Einnahmereste umfassen überwiegend noch nicht verbrauchte Kreditermächtigungen in Höhe von 967,8 Mio. Euro für Kreditmarktmittel (Kapitel 1206 Titel 325 86) und in Höhe von 30,2 Mio. Euro für das Projekt Neue Steuerungsinstrumente (Kapitel 1230 Titel 261 01). Wie sich die Ausgabereste in den Einzelplänen zusammensetzen, ist auf den Seiten 53 bis 56 der Haushaltsrechnung dargestellt.

Mit Schreiben vom 24.09.2008 hat das Finanzministerium gemäß § 7 Abs. 6 Staatshaushaltsgesetz 2007/08 dem Finanzausschuss des Landtags die in das Haushaltsjahr 2008 übertragenen Ausgabereste mitgeteilt. Der Finanzausschuss hat hiervon in seiner 30. Sitzung am 16.10.2008 Kenntnis genommen.

Wie in den Vorjahren war die Landesregierung nach § 9 Abs. 2 Staatshaushaltsgesetz 2007/08 ermächtigt, unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Bewilligungen (Ausgabereste) in Abgang zu stellen. Sie hat diese Ermächtigung im Umfang von rund 142 Mio. Euro ausgeschöpft.

## 4.2 Jahresvergleich

Die Tabellen 4 und 5 zeigen, wie sich die Haushaltsreste in den letzten Jahren entwickelt haben. Bei den Einnahmeresten handelt es sich im Wesentlichen um noch nicht verbrauchte Kreditermächtigungen.

Die Höhe der Haushaltsreste 2008 stand bei Abschluss der Denkschriftberatungen des Rechnungshofs noch nicht fest.

Tabelle 4

### Entwicklung der Haushaltsreste

Haushaltsjahr	Ausgabereste		Einnahmereste
	in Mio. Euro	in % der Ausgabe-Ansätze	in Mio. Euro
1998	997	3,1	1.302
2002	1.158	3,7	1.084
2003	1.098	3,5	1.104
2004	987	3,2	1.064
2005	1.077	3,5	1.334
2006	1.025	3,2	1.703
2007	1.385	4,0	1.049

Tabelle 5

### Gliederung der Ausgabereste nach Ausgabearten

Ausgabearten	2006			2007		
	Ist-Ausgaben	Ausgabereste		Ist-Ausgaben	Ausgabereste	
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in % der Ist-Ausgaben	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in % der Ist-Ausgaben
Personal-ausgaben	12.994	48	0,4	12.814	76	0,6
Sächliche Verwaltungs-ausgaben	1.738	252	14,5	1.577	268	17,0
Schuldendienst	2.325	7	0,3	1.979	-	-
Zuweisungen und Zuschüsse	12.873	171	1,3	13.727	392	2,9
Ausgaben für Investitionen	2.926	545	18,6	2.764	648	23,4
Besondere Finanzierungs-ausgaben	326	2	0,6	2.128	1	-
Gesamt	33.182	1.025	3,1	34.989	1.385	4,0